

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Gemeinnützige: 25241
Nr. für Nachrichten: Nr. 20013
Schriftleitung u. Druckerei: Dresdner
Dresden - K. L. Marienstraße 28/29

Bezugspreis: vom 1. d. M. April 1930 bei halbjähriger Zustellung inkl. Post 1,70 RM.
Vollständig für Monat April 1,40 RM. einschließlich 14 Bg. Postgebühr (ohne Postumschlaggebühren).
Einzelpreis 10 Bg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Geldeinheiten berechnet: die ein-
seitige 30 mm breite Zeile 20 Bg., für anderwärts 40 Bg., Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Bg., außerhalb 20 Bg., bis 90 mm breite Zeile 200 Bg., außerhalb 300 Bg.
Offertingebühren 30 Bg. Unbezahlte Beiträge gegen Vorbehalt

Druck u. Verlag: Meyers & Neidhardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1046 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unrechtmäßig
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Beamtenkabinett in Sachsen?

Ein neuer demokratischer Vorschlag zur Lösung der Krise

Dr. Dehne an Dr. Blüher

Wie wir erfahren, hat der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Abg. Dr. Dehne, an den Vorsitzenden der volksparteilichen Fraktion, Abg. Blüher, folgenden Brief gerichtet:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Die über die Regierungsbildung wochenlang geführten Verhandlungen haben klar ergeben, daß die Bildung einer wie immer gearteten politischen Koalitionsregierung zur Zeit unmöglich ist. Es erscheint zwecklos, den Gründen nachzugehen, die zu diesem negativen Ergebnis geführt haben, und es ist ebenso nutzlos, der einen oder andern Partei die angebliche Schuld an diesem Mißerfolg zuzuschreiben. Es gilt, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß die politischen Gegensätze zwischen den Parteien, die zur Bildung einer Koalition nach dem Mehrheitsverhältnis im sächsischen Landtag notwendig sind, sich als so groß erwiesen haben, daß die Bildung einer gemeinsamen politischen Regierung nicht gelingen konnte.

Man denke nun an die Auflösung des Landtags als letzten Ausweg aus den Schwierigkeiten. Wenn die Gewißheit oder auch nur die Wahrscheinlichkeit bestünde, durch eine Landtagswahl eine solche Wendung der Verhältnisse herbeizuführen, daß die Bildung einer politischen Koalitionsregierung im neuen Landtag möglich wäre, würde auch ich die Landtagswahl als notwendig anerkennen. Aber ich habe die feste Überzeugung, daß eine Landtagswahl eine solche Wirkung nicht bringen wird, und daß beim Inkrafttreten des neuen Landtags dieselben Schwierigkeiten, vielleicht sogar in erhöhtem Maße, vorliegen werden.

Bei dieser Sachlage erscheint es mir als eine Pflicht, den Versuch zu machen, die Krise durch Bildung eines neuartigen Beamtenkabinetts zu lösen. Die Parteien müssen so viel Selbstverleugnung aufbringen, daß sie eine politische neutrale und jedenfalls parteipolitisch bisher nicht hervorgetretene Persönlichkeit zum Ministerpräsidenten wählen und bei der weiteren Bildung des Kabinetts auf jede mittelbare oder unmittelbare Beeinträchtigung verzichten. Im bisherigen Kabinett Blüher ist der Anfang einer solchen Entwicklung bereits enthalten. Die Herren Richter und Mannsfeld sind solche Beamtenminister und haben sich auf Grund ihrer Tätigkeit und Sachlichkeit in weiten Kreisen Vertrauen erworben.

Ich würde es für richtig halten, daß man einen von ihnen oder eine andere gleichwertige Persönlichkeit mit Beamtencharakter zum Ministerpräsidenten wählt und es ihm überläßt, das Kabinett entsprechend zu ergänzen. Bei einem unpolitischen Kabinett würde meiner Ansicht nach die Zahl von vier oder fünf Ministern ausreichen.

Wenn es gelingen sollte, vielleicht in den Kreisen der im Ruhestand befindlichen höheren Staatsbeamten Männer für die gewiß schwere und un dankbare Aufgabe zu finden, und nach meiner Kenntnis der Verhältnisse gibt es solche Männer, würde auch die finanzielle Belastung des Staates bei einem solchen Kabinett die denkbar niedrigste sein.

Ich wende mich an Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, da Sie bisher die Leitung der Koalitionsverhandlungen geführt haben, und bitte Sie ergebens, meinen Vorschlag den in Frage kommenden Parteien zu unterbreiten.

Um die üblichen Indiskretionen und die auf unangenehme Orientierung beruhenden falschen Darstellungen von vorn herein auszuschließen, habe ich es für zweckmäßig gehalten, diesen Brief gleichzeitig der Presse zugänglich zu machen."

Man kann wohl annehmen, daß der Brief Dr. Dehnes als des Führers der demokratischen Landtagsfraktion zugleich eine Stellungnahme der Demokratischen Partei ist. Dann bedeutet er offenbar die Einleitung einer Schwärzung, durch die sich die Demokraten aus ihrer Isolierung befreien und den Anschluss an die staatsbürgerlichen Parteien wiederherstellen wollen. Grundlegend ist dabei die Einsicht, daß durch Neuwahlen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts gebessert wird. Und ebenso wertvoll scheint uns der Hinweis, daß durch eine Fortsetzung des Streites über die Schuldfrage beim Ausbruch der Krise kein Fortschritt erzielt wird.

Im positiven Teil seines Schreibens empfiehlt Dr. Dehne die Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts. Das heißt, daß sich die Demokraten nunmehr zwar für die Bildung einer bürgerlichen Regierung zur Verfügung stellen wollen, ohne sich aber dem bisherigen Vorgehen der bürgerlichen Parteien direkt anzuschließen. Wohl um der Wahrung des Parteiprestiges willen wird ein Mittelweg vorgeschlagen, der den Absichten der bürgerlichen Seite des Landtages nahekommt, ohne genau derselbe zu sein.

Dr. Dehne vermeldet es, für die Wahl des Ministerpräsidenten und seiner Mitarbeiter personelle Vorschläge zu machen. Zwischen den Vorschlägen kann man herauslesen, daß vielleicht auf Dr. Kälig hingedeutet wird; ebensowohl aber paßt die Persönlichkeit des bisherigen bürgerlichen Kandidaten, des Präsidenten Schick, in den Rahmen seiner Absichten. Man wird nun abwarten müssen, wie sich die einzelnen Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Nationalsozialisten zu der neuen Anregung einstellen werden. Bei

den drei Abgeordneten der Volkspartei kann man der Zustimmung sicher sein, weil sie selbst schon den gleichen Vorschlag wie Dr. Dehne gemacht haben. Unter den übrigen Koalitionsgenossen werden aber neue Beratungen und Verhandlungen nötig sein, bevor sich absehen läßt, welche praktischen Folgen die demokratische Umstellung haben kann. Die Entscheidung wird im Laufe dieser Erörterungen, für die nur fünf Tage Zeit bleiben, zu den Nationalsozialisten hinübergewälzt werden. Diese haben aber immer Sympathien für ein reines Beamtenkabinett gezeigt, und es ist deshalb wohl möglich, daß der Brief Dr. Dehnes den Ausweg aus der sächsischen Krise zeigt. Die gestern scheinbar noch unvermeidliche Landtagsauflösung ist jedenfalls heute schon ferngerückt. Es scheint, daß die politische Vernunft sich Bahn brechen will.

Neugierige werden gewarnt!

Die Polizei wird am 1. Mai für Ordnung sorgen

Das Presseamt des Polizeipräsidiums Dresden bittet um Aufnahme folgender Mitteilung:

Nach eingehender Beratung hat sich das Polizeipräsidium entschlossen, die Waldemonstrationen in Dresden nicht zu verbieten. Der großen Verantwortung, die es damit der Dresdner Einwohnerschaft gegenüber übernommen hat, ist sich das Polizeipräsidium bewußt. Es hat deshalb seine Maßnahmen so getroffen, daß es für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in unserer Stadt auch an diesem Tage unbedingtes Einsehen zu können glaubt. Für die Entschliebung des Polizeipräsidiums ist vor allen Dingen der Umstand maßgebend gewesen, daß die Maiveranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften, an denen sich bekanntlich stets der bei weitem größte Teil der Waldfeiernden beteiligt, bisher immer in vollster Ordnung verlaufen sind, und daß das keine Überzeugung nach auch in diesem Jahre wieder der Fall sein wird.

Etwaigen Versuchen, diese Veranstaltungen zu stören oder sonst Störungen herbeizuführen, wird mit den stärksten Mitteln, gegebenenfalls mit Waffengewalt, entgegengetreten werden. Im übrigen hat das Polizeipräsidium Anordnungen getroffen, daß sich die Ränge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf ihrem Marschwege nicht begegnen.

Zum Schluß ergeht für alle Fälle unter Verweisung auf die Vorgänge am 6. und 8. März d. J. an die Dresdner Einwohnerschaft in ihrem eigenen Interesse auch seitens des Polizeipräsidiums hierdurch nochmals die dringendste Bitte, bei etwa doch notwendig werdendem Einschreiten der Polizei die Schaulust unter allen Umständen zu zügeln; denn wenn es zum Einschießen kommt, kann auf Unbeteiligte, unter die sich die Unruhestifter erfahrungsgemäß absichtlich mischen, schlechterdings keine Rücksicht genommen werden.

Verhaftungen wegen der Leipziger Blutaten

Leipzig, 30. April. Wegen der Vorkommnisse an den Osterferien in Leipzig wurde auf Erlangen der Leipziger Staatsanwaltschaft der Arbeiter Rathe in Berlin, der eine Schutzverletzung erhalten hatte, unter dem dringenden Verdacht der Beteiligung an dem Beamtenmord nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus verhaftet. Er wird der Leipziger Staatsanwaltschaft zugeführt werden. Weiter wurde ein Arbeiter aus Düsseldorf, der sich an der Demonstration in Leipzig beteiligt und Verletzungen erlitten hatte, in Braunschweig verhaftet. Er wird ebenfalls nach Leipzig übergeführt werden. Auch gegen einen jungen Kommunisten aus Annaberg in Sachsen ist das Strafverfahren wegen aktiver Beteiligung an einer Menschenversammlung eingeleitet worden. Die Arbeiter Fräulein und Wärs aus Burg, die am Sonnabend verhaftet wurden, sind jetzt der Staatsanwaltschaft in Leipzig zugeführt und bereits vernommen worden. Sie leugnen, an der Mordtat beteiligt gewesen zu sein, geben aber zu, sich in unmittelbarer Nähe der Vorkommnisse befunden zu haben.

Moskau befiehlt Chemnitzer Arbeitern

Moskau, 30. April. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Volksgaustsch der Internationalen Arbeiterhilfe zum 1. Mai einen neuen Aufruf an das Weltproletariat erlassen, in dem erklärt wird, daß die I.A.H. ihre Rolle in der kommunistischen Bewegung vergrößern müsse. Nur durch einen entschiedenen Kampf gegen die bürgerliche Justiz könne die Weltrevolution beschleunigt werden. Für die I.A.H. müßten neue Mitglieder gewonnen werden. Trotz des Massenterrors,

Deutscher Protest gegen polnische Luftspionage

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. April. Der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Kauscher ist vom Auswärtigen Amt angewiesen worden, bei den zuständigen polnischen Stellen energischen Protest gegen die in den letzten Tagen wiederholt vorgekommenen Ueberfliegungen ostpreussischer Gebietsteile durch polnische Militärflugzeuge zu erheben. Mit diesem Protest wird die Forderung der Bekräftigung der Schuldigen verbunden sein. Einwandfrei haben die Flugüberwachungsstellen an der ostpreussischen Grenze nämlich festgestellt, daß sowohl am 23. als auch am 29. April polnische Militärflugzeuge, die einwandfrei als solche erkannt wurden, deutsche Gebietsteile überflogen haben. Außerdem scheint es, daß ebenfalls am 23. April an anderer Stelle und auch am 25. April widerrechtliche Ueberfliegungen deutscher Gebiete durch polnische Militärflieger vorgekommen sind, doch schweben hierüber noch Ermittlungen.

Man sieht im Auswärtigen Amt auf dem Standpunkt, daß unter keinen Umständen wieder die Zustände einzuweichen dürfen, wie sie hinsichtlich des widerrechtlichen Ueberfliegens im letzten Sommer an der deutschen Ostgrenze sich ergeben hatten und die schon damals zu sehr energischen Schritten bei den polnischen Stellen geführt haben. Leider sind die Mittel, widerrechtlich deutsches Gebiet überfliegende polnische Militärflugzeuge zur Landung zu zwingen, nur sehr gering.

den das Bürgertum gegen den Kommunismus führe, werde er weiter den Klassenkampf auf das schärfste durchzuführen.

Nach einer amtlichen Mitteilung sind die kommunistischen Verbände in Kiew mit der kommunistischen Arbeitergruppe in Chemnitz in einen Briefwechsel eingetreten. Die Arbeiter in Kiew empfahlen den Chemnitzer Arbeitern, den 1. Mai in großartiger Weise durchzuführen. Die Chemnitzer Arbeiter teilten mit, daß sie den russischen Vorschlägen folgen werden und geben der Arbeitergruppe in Kiew die Versicherung, daß sie ihnen entgegen kommen werde, die Arbeiterdiktatur in Deutschland zu errichten.

In Paris feiern bloß die Droschkentreiber

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 30. April. Der 1. Mai wird zwar gleichfalls wieder von den Kommunisten und den Gewerkschaften als großer Feiertag angefeiert, aber es ist anzunehmen, daß außer einem Teil der Metallarbeiter wieder wie in früheren Jahren nur die Pariser Droschkentreiber ihre Arbeit einstellen werden. Die Polizei hat dieselben umfassenden Maßnahmen getroffen wie in früheren Jahren. Die ganze durch zahlreiche von auswärts kommende Truppen verstärkte Garnison von Paris ist in Kasernen in Bereitschaft. Alle Anstimmungen und Umzüge auf Straßen sind verboten usw. Die von den verschiedenen Linksparteien veröffentlichten Aufrufe für den 1. Mai sehen sich verweigert ähnlich, aber es klingt wie ein unfreiwilliger Witz, wenn das Blatt der Sozialistischen Partei, an der Spitze der elegante und reiche Leon Blum und daneben einer der ersten Rechtsanwälte Frankreichs, Paul Boncour, von einem „Tag des Kampfes und der Befreiung“ sprechen.

Seitungsverbot in Thüringen

Weimar, 30. April. Das thüringische Staatsministerium des Innern hat die „Neue Zeitung“ in Jena, das Organ der K.P.D. für Mittel-, Nord- und Südthüringen, und die „Thüringer Arbeiterzeitung“ in Gera auf die Dauer von drei Wochen auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten. Die Zeitungen haben unter der Ueberschrift „Nazi-Minister Fried der Lüge überführt“ beschimpfende und verleumderische Behauptungen gebracht, die sich gegen den thüringischen Innenminister Dr. Fried als Mitglied der Landesregierung richten.

Kommunistische Anruhen in Lodz

Warschau, 30. April. In Lodz kam es am Dienstag zu Arbeitslosenunruhen, bei denen zwei kommunistische Zeim- abgeordnete als Agitatoren herovortraten. Einer von ihnen, Abg. Bartsch, soll nach den Aussagen von Jungen bei einem Zusammenstoß der Demonstranten mit der Polizei mit einem Revolver auf die Polizisten geschossen haben.

Genug des Spiels!

Scharfe Abfrage des Zentrums an das Reichsbanner

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. April. Der Kampf zwischen Zentrum und Reichsbanner wird in einer Mitteilung des parteiamtlichen Pressedienstes der Deutschen Zentrumspartei fortgesetzt. Wir meldeben gestern, daß die Gauvorstände des Reichsbanners Aufrufe zum 1. Mai im Sinne des sozialistischen Klassenkampfgedankens veröffentlicht hatten. Jetzt erwidert das Zentrum auf diesen Aufruf mit der Bemerkung, es sei jetzt genug des Spiels. Die Bundesleitung des Reichsbanners werde für die bekanntgegebenen Befehle des Berliner Gauvorstandes des Reichsbanners sowie durch die Gauvorstände keine ausweichende Erklärung abgeben können. Es sei selbstverständliche Pflicht aller Reichsbannermitglieder, welche der Zentrumspartei angehören, sich in keiner Weise an diesen sozialistischen Umwälzen am 1. Mai zu beteiligen. Am Schluß heißt das amtliche Organ der Zentrumspartei fest: „Die letzte Stunde der Entscheidung für die Zentrumsmitglieder ist reif“.